



Illustration: Andrea Koopmann/dieKleinert.de

Wenig Herzblut für Sorgen und Nöte des Handwerks

Europawahl – Die mittelstandspolitische Bilanz der EU-Kommission unter ihrer Präsidentin Ursula von der Leyen fällt mau aus, das Handwerk kann nicht zufrieden sein mit der Brüsseler Politik **ANALYSE: HAJO FRIEDRICH**

Die Erfolgsbilanz des deutschen Handwerks bei der Interessensvertretung für die Betriebe auf dem europäischen Parkett dürfte für die bald abgelaufene Amtszeit der Kommission nicht positiv ausfallen. Vielen Ärgernissen über die Brüsseler Regelungswut stehen nur wenige und oftmals mühsam abgerungene Erfolge gegenüber. Kein Wunder, dass es im Handwerk viele Stimmen gibt, die mit „Brüssel“ im Allgemeinen und der „Kommission“ unter Ursula von der Leyen im Besonderen hadern. Zuletzt etwa zeigte sich der Unmut der kleinen und mittleren Unternehmen etwa beim Unternehmerparlament in Brüssel. Die Belastungsgrenze für Betriebe sei längst überschritten, heißt es etwa im Blick auf viele EU-Regelwerke, die den Betrieben immer neue Nachweis- und Dokumentationspflichten auferbürden. Und doch dürfte CDU-Politikerin von der Leyen mit einer breiten Unterstützung rechnen, falls sie vielleicht schon in Kürze erklären sollte, eine weitere Amtszeit an der Behördenspitze anzustreben. Allerdings muss eine mögliche Von-der-Leyen-II-Kommission endlich auch in der europäischen Mittelstandspolitik eine Zeitenwende einläuten. Es müsse Schluss sein mit ständig neuen Gesetzen, gerade in der Umwelt- und Sozialpolitik, heißt es im Handwerk.

Allein die Umsetzung der in den vergangenen Jahren beschlossenen Gesetze stellt die Handwerksbetriebe

schon vor eine gewaltige Herausforderung. Und noch wollen die EU-Institutionen in den kommenden Wochen rund 150 Regelungen durchpeitschen. Mangelnden Eifer und Tatendrang kann man der Präsidentin und ihrem Kollegium jedenfalls nicht vorwerfen. Und gerechterweise muss auch gesagt werden, dass die EU-Behörde niemals zuvor in ihrer Geschichte mit so vielen Krisen und Kriegen konfrontiert war und schnell reagieren musste.

Aktivismus im Klimaschutz
Nie zuvor flossen aus dem EU-Haushalt – und erstmals auch auf Basis von Krediten – so viele Milliarden in Hilfsprogramme aller Art. Und nie zuvor hat die EU-Behörde – unter Federführung des niederländischen Sozialdemokraten Franz Timmermans und mit dem zauberhaften Schlagwort „Green Deal“ – ein so weitreichendes umwelt- und klimapolitisches Regelwerk zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft angestoßen.

Doch vor lauter Aktivismus, nicht zuletzt im Kampf gegen den Klimawandel, scheinen die Kommissionspitze und ihre meisten Beamten aus dem Auge verloren zu haben, woher Europas Wohlstand und damit auch seine noch vorhandene Zahlungsfähigkeit kommt. Aus Sicht des deutschen Handwerks jedenfalls ist die Gemeinschaftspolitik zugunsten von Handwerk und Mittelstand während der bisherigen, vierjährigen Amtszeit

von der Leyens zu kurz gekommen. Doch statt diesen Grundsatz auf beispielsweise das umstrittene EU-Lieferkettengesetz, soll dies offenbar nur noch für neue Vorhaben gelten. Der ZDH fürchtet hierbei für die Betriebe „große Rechtsunsicherheit, Bürokratie und unkalkulierbare Risiken“. Und dass größere Unternehmen ihre eigenen Berichtspflichten „unverändert auf ihre Lieferkette übertragen werden“.

Skeptisch sieht das Handwerk auch das von der Kommission als Entlastung verkaufte geänderte Regelwerk zum Kampf gegen den Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr. Hier drohe eher eine Verschlimmberung, weil die von der Kommission gewählte neue Rechtsform der Verordnung zu ungewollten Folgen führen könnte, sagen Rechtsexperten. Der von der Kommission zu ihrem Amtsantritt vollmundig verkündete „One-in-one-out“-Grundsatz, wonach mit jeder neuen EU-Vorschrift eine bestehende abgeschafft werden solle, ist bis heute ein leeres Versprechen.

Datengesetz als Erfolg
Als einen wichtigen Erfolg feiert das Handwerk dagegen das Datengesetz, das erstmals vertraglich verbindliche Regeln für den Austausch von und Zugang zu Daten vorsieht. Nun gilt es allerdings weiterhin wachsam zu beobachten, wie das Regelwerk in die Praxis – etwa in die Kfz-Branche – übertragen wird. Gleiches gilt für das

europäische Regelwerk zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden. Hier konnte verhindert werden, dass jedes einzelne Gebäude gewisse Effizienzstandards erreichen muss, sondern sich lediglich der Gebäudedurchschnitt in den EU-Ländern verbessern müsse. Das sei realistisch, heißt es im ZDH. Dennoch seien viele Vorgaben sehr ehrgeizig und teilweise viel zu kleinteilig – etwa im Blick auf Vorgaben für Ladeinfrastrukturen. Oft bleibe der Handwerkslobby nur, schlimmeres zu verhindern, heißt es mit Blick auf die Verordnung zu den F-Gasen. Betroffen davon sind zum Beispiel Bäcker, Fleischer oder Bestatter. So konnte nur „teilweise“ erreicht werden, dass die Wartung vor Bestandsanlagen weiterhin möglich sei. Völlig unklar bleibe, ob überhaupt genügend alternative Geräte und Gase zur Verfügung stehen werden.

Als Erfolg verbucht das Handwerk die „Handwerkerausnahme“ bei der Neuregelung zur Euro-Vignette. Danach bleiben Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 7,5 Tonnen von der Maut befreit. Das von Brüssel geforderte Recht auf Reparatur könne nur bei richtiger Umsetzung eine Erfolgsgeschichte für die Handwerksbetriebe werden. So müssten auch die von der Industrie hergestellten Produkte technisch zu reparieren sein und Ersatzteile uneingeschränkt zur Verfügung stehen, erklärte ZDH-Geschäftsführer Dirk Palige im Vorjahr.

europäische Regelwerk zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden. Hier konnte verhindert werden, dass jedes einzelne Gebäude gewisse Effizienzstandards erreichen muss, sondern sich lediglich der Gebäudedurchschnitt in den EU-Ländern verbessern müsse. Das sei realistisch, heißt es im ZDH. Dennoch seien viele Vorgaben sehr ehrgeizig und teilweise viel zu kleinteilig – etwa im Blick auf Vorgaben für Ladeinfrastrukturen. Oft bleibe der Handwerkslobby nur, schlimmeres zu verhindern, heißt es mit Blick auf die Verordnung zu den F-Gasen. Betroffen davon sind zum Beispiel Bäcker, Fleischer oder Bestatter. So konnte nur „teilweise“ erreicht werden, dass die Wartung vor Bestandsanlagen weiterhin möglich sei. Völlig unklar bleibe, ob überhaupt genügend alternative Geräte und Gase zur Verfügung stehen werden.

Als Erfolg verbucht das Handwerk die „Handwerkerausnahme“ bei der Neuregelung zur Euro-Vignette. Danach bleiben Fahrzeuge mit einem zulässigen Gesamtgewicht unter 7,5 Tonnen von der Maut befreit. Das von Brüssel geforderte Recht auf Reparatur könne nur bei richtiger Umsetzung eine Erfolgsgeschichte für die Handwerksbetriebe werden. So müssten auch die von der Industrie hergestellten Produkte technisch zu reparieren sein und Ersatzteile uneingeschränkt zur Verfügung stehen, erklärte ZDH-Geschäftsführer Dirk Palige im Vorjahr.

KOMMENTAR

Hajo Friedrich
Brüssel-Korrespondent
Foto: privat

Zeitenwende für alle

Die bequemen Zeiten sind vorbei, harte Zeiten stehen uns bevor. Diese, von vielen leider noch immer verdrängte Erkenntnis verlangt Konsequenzen – ja, eine Art Zeitenwende – auf allen Ebenen unseres privaten und beruflichen Lebens. So weit, so allgemein.

Ich bin sehr gespannt, wie das deutsche Handwerk – die Betriebe und ihre Kammern, Fachverbände und die Zentrale in Berlin – diese Herausforderung meistern wird. Für seine europapolitische Ausrichtung und die entsprechende Interessensvertretung in Brüssel und Straßburg ist es höchste Zeit für ein paar ganz grundsätzliche Überlegungen und entsprechende Konsequenzen.

Liebe Leserinnen und Leser, erlauben Sie mir einige vielleicht unbequeme Einschätzungen und unerbetene Ratschläge. Ich schreibe dies auch nach mehr als 25 Jahren der Beobachtung „Brüssels“ und des Berichtens über die EU-Regelwerke zugunsten oder leider oftmals zulasten von Handwerk und Mittelstand.

Bitte keine Hoffnungen auf „falsche Pferde“ – wie den vollmundig versprochenen KMU-Beauftragten, KMU-Entlastungspakete oder einmal im Jahr stattfindende Unternehmerparlamente – setzen. Diese Initiativen ändern strukturell nichts daran, dass die EU-Politik eher auf große Unternehmen und neue Technologien setzt sowie mit hehren Vorschriften verbunden ist, die den Betriebsalltag erschweren. Bis heute bleibt den KMU oftmals nur, dem EU-Gesetzgeber mühsam ein paar Ausnahmeregelungen abzurufen. Bitte mehr agieren, mitgestalten und nicht im reaktiven Kleinklein verkämpfen. Die im Handwerk gesprochene, klare Sprache muss endlich auch in „Brüssel“ ankommen. Mit duckmäuserischer Anpassung an den EU-Jargon dürfte es kaum gelingen, Eurokraten für den betrieblichen Alltag zu sensibilisieren.

Damit kein Missverständnis aufkommt: An der Notwendigkeit der europäischen Einigung und des Gemeinschaftshandelns kann es heute, mehr denn je, keinen Zweifel geben. Falls Europa versagt, etwa dem Krieg und der Aggression Putins geschlossen und wirkungsvoll entgegenzutreten, ist es mit unserer Freiheit und unserem Wohlstand vorbei.

Auch im Blick auf die Europawahl im Juni muss grundlegende Kritik erlaubt sein. Keine Pause darf es für Neuausrichtungen geben. Höchste Zeit, dass die EU offenbar begriffen hat: Ihr Mantra der Globalisierung und das Gebot größerer Widerstandsfähigkeit verträgt sich nicht immer.

Ähnlich steht es mit dem 30-jährigen Geburtstagskind, dem Binnenmarkt. Derzeit dient das Projekt vor allem den Interessen grenzüberschreitender Markterzielung. Zu kurz gekommen sind dabei die Interessen der standorttreuen Unternehmen und der Beschäftigten, die lieber zuhause als in der Ferne einen guten Arbeitsplatz haben wollen. Zu diesem Missverhältnis in der Gemeinschaftspolitik hat jüngst der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta eine interessante Diskussion angestoßen. Bitte weiterführen.

„Leider kommen jedes Jahr neue Vorschriften hinzu“

Der Europaabgeordnete Andreas Schwab (CDU) sieht Nachhaltigkeitsvorgaben als Belastung für Unternehmen **INTERVIEW: HAJO FRIEDRICH**

Herr Schwab, im deutschen Handwerk scheint der Frust über Vorgaben aus Brüssel immer größer zu werden. Können Sie das verstehen und – falls ja – wie könnte dem abgeholfen werden?

Leider kommen jedes Jahr neue Vorschriften hinzu, und es gelingt uns zu wenig, alte Vorschriften abzuschaffen. So sind die Nachhaltigkeitsvorgaben beispielsweise immer komplexer und sind dadurch eine enorme Belastung für jedes Unternehmen. Deswegen müssen wir die Berichtspflichten insgesamt reduzieren und vor allem jene, die keinen Mehrwert haben, streichen. Ich habe vorgeschlagen, von den Berichtspflichten für Zwangsarbeit, Lieferketten und Abholung im neuen Zollkodex in einem einzigen Formblatt zusammenzufassen und nur importierende Unternehmen damit zu belasten. Das wird in der nächsten Legislaturperiode eine Hauptaufgabe sein. Auch ist entscheidend, dass bei jedem neuen Gesetzesvorhaben die Auswirkungen besser analysiert werden und das „regulatory scrutiny board“ der Kommission [Ausschuss für Regulierungskontrolle, der Entwürfe der EU-Kommission prüft, Anm. d. Red.] endlich ernst genommen wird.



Andreas Schwab (CDU) ist Rechtsanwalt und stammt aus Südbaden. Er ist seit 2004 Europaabgeordneter und unter anderem Sprecher im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Foto: EP

„Das Handwerk ist so breit wie die Gesellschaft! Das ist beeindruckend, macht aber eine organisierte Interessenvertretung schwierig.“

Das KMU-Entlastungspaket wurde letztes Jahr durch die Kommissionspräsidentin angekündigt. Ein Jahr lang ist anschließend nichts passiert. Nun sind im September 2023 endlich konkrete Schritte veröffentlicht worden. Die Stelle des KMU-Beauftragten ist ausgeschrieben. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die EU-Kommission künftig Bürokratie effektiv bewertet und vermeidet. Die Gesetzentwürfe zum Entlastungspaket, die wir gerade im Binnenmarktausschuss verhandeln, sollten einen Beitrag leisten. Der Vorschlag zur Zahlungsverzugsverordnung ist dabei im Hinblick auf die KMU-Freundlichkeit stark ausbaufähig. Mit der Verordnung sollen verbindliche Zahlungs-

fristen von 30 Tagen im B2B-Bereich eingeführt werden. Damit greift die Kommission aber in ungerechtfertig-

ter Weise in die Vertragsfreiheit der Unternehmen ein. Deswegen plädiere ich für ein flexibleres System, welches längere Zahlungsfristen gerade für KMU vorsieht.

Dieses Jahr ist in Brüssel groß das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts gefeiert worden. Dennoch beklagen viele Unternehmen Hindernisse beim grenzüberschreitenden Marktauftritt. Wie können diese Schwierigkeiten wirkungsvoll abgestellt werden?

Es wird in den nächsten Jahren darum gehen, den Binnenmarkt endlich in allen Bereichen zu vereinfachen. Dies wird nur gelingen, wenn wir die Vollharmonisierung zum Standard machen und für die Meldung bei den nationalen Sozialversicherungen die Europäische Arbeitsagentur endlich zuständig wird. Dafür müssen wir politischen Mut haben und Verantwortung übernehmen. Das bedeutet zwar weniger Einfluss für manche Sonderregeln aus Deutschland und Frankreich, dafür aber ein einfacheres Leben für Hand-

werker und Architekten beispielsweise. Denn einheitliche Regelungen, die in allen Mitgliedsstaaten gleich gelten, sind einfacher.

Auch wenn es nicht Ihre Hauptaufgabe ist: Was würden Sie dem Handwerk raten, seine Interessen auf dem EU-Parkett noch wirkungsvoller zu vertreten?

Das Handwerk ist so breit wie die Gesellschaft! Das ist beeindruckend, macht aber eine organisierte Interessenvertretung schwierig. Denn für eine wirkungsvolle Interessenvertretung ist entscheidend, dass sie rechtzeitig erfolgt. Je früher auf potenziell negative Konsequenzen hingewiesen wird, desto schneller kann es im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Das beginnt bereits bei den öffentlichen Konsultationen, die die Kommission bei Gesetzesvorschlägen abhält. Daneben ist eine gezielte Interessenvertretung effektiv. Also mit klaren und konkreten Vorschlägen an einen geeigneten Entscheidungsträger heranzutreten.

„Wir Grüne wollen, dass Handwerker in Ruhe arbeiten können“

Henrike Hahn (Die Grünen) dringt auf einen KMU-Beauftragten **INTERVIEW: HAJO FRIEDRICH**

Frau Hahn, Ihre Partei steht für den „Green Deal“, der von vielen Betrieben im deutschen Handwerk aber mit Sorgen gesehen wird – etwa im Blick auf weitere Regelwerke und mehr Bürokratie. Können Sie diese Sorgen verstehen und wie kann ihnen abgeholfen werden?

Der Green Deal denkt immer auch Wettbewerbsfähigkeit mit. Wir Grüne wollen, dass Handwerker in Ruhe arbeiten können, ohne in Papierflut zu erstickern. Die Sorge um zu viel Bürokratie ist ernstzunehmen. Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit müssen so zusammengedacht werden, dass Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig bleiben. Unnötige Bürokratie muss abgebaut und Berichtspflichten im Einklang mit sozialen und ökologischen Aspekten reduziert werden. Wer Lösungen sucht, die gut für das Handwerk und Nachhaltigkeit ist, findet sie auch, gerade auch mit dem Green Deal.



Henrike Hahn ist Politikwissenschaftlerin und sitzt seit 2019 für die Grünen in Brüssel. Sie ist industriepolitische Sprecherin. Foto: Erik Marquardt

nehmen brauchen jetzt konkrete Unterstützung statt Vertröstungen und Zaudern.

nnehmer*innen an – wir brauchen mehr davon.

Dieses Jahr ist das 30-jährige Bestehen des Binnenmarkts gefeiert worden. Dennoch beklagen viele Unternehmen Hindernisse beim grenzüberschreitenden Marktauftritt. Wie können diese wirkungsvoll abgestellt werden?

Die Antwort ist klar: Mehr Europa, das Regeln harmonisiert. Je mehr Rahmenbedingungen für Unternehmen national organisiert sind, desto herausfordernder ist es für KMU, sich im EU-Ausland immer neu anzupassen. Ein Positivbeispiel: Das jüngst vorgeschlagene hauptstabsbasierte Steuersystem wird KMU ermöglichen, nur mit der für den Hauptsitz zuständigen Steuerbehörde zu arbeiten, anstatt den Anforderungen mehrerer Steuersysteme entsprechen zu müssen. Solche pragmatischen Lösungen kommen direkt bei Unter-

Auch wenn es nicht Ihre Hauptaufgabe ist: Was würden Sie dem Handwerk raten, seine Interessen auf dem EU-Parkett noch wirkungsvoller zu vertreten?

Handwerkerinnen und Handwerker kennen die Realität in den Betrieben und praktische Hürden am besten. Nur mit ihrer Expertise können wir Gesetzgebung gestalten, die Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit erfolgreich vereint. Ich selbst komme aus der freien Wirtschaft – aber viele Abgeordnete kennen die Realität nicht ausreichend, in der Unternehmen wirtschaften. Es ist daher immer gut, den direkten Austausch mit Abgeordneten zu suchen.

In diesem Interview finden sich, abweichend von den üblichen DHZ-Regeln, Gendersternen. In Gastkommentaren und Interviews wird die Schreibweise der Befragten respektiert.

HORNBACH
Es gibt immer was zu tun.

Alles fürs Handwerk

WERDE AUCH DU PROFIKUNDE.

VORTEILE FÜR PROFIS WIE DICH.

- persönliche Ansprechpartner
- Flexible Bezahlung mit Kauf auf Rechnung
- Vorbestellservice und schnelle Profi-Kasse
- große Sortimentsauswahl auf Lager und online

Informiere Dich beim Profiteam im Markt oder unter hornbach-profi.de

PROFI SERVICE